

Volkstimme

Einzelpreis 10 Pfennig.

Tageszeitung der Vereinigten sozialdemokratischen Partei.

Die „Volkstimme“ erscheint an jedem Sonntag abends. — Verantwortlich: Redakteur Emil Müller, Magdeburg. — Verantwortlich für Inserate: Wilhelm Lindau, Magdeburg. — Druck und Verlag von W. Pann-
zsch & Co., Magdeburg, Große Mühlstraße 2. — Fernsprech-Anschlüsse: für Inserate Nr. 1567, für
die Redaktion Nr. 179, für den Verlag und die Druckerei Nr. 961. — Postzeitungsliste 2. Nachtrag, Seite 110. —
Bezugspreis: Vom 16. bis 31. März 1,00 Mark, Abolter 0,90 Mark.

Anzeigenpreise in Goldpfennigen: Die 10gespaltene, 27 Millimeter breite Doppeltzeile beträgt 20 Pfennig
auswärts 30 Pfennig. Familienanzeigen und Stellenangebote 12 1/2 Pfennig, Bereinstander 20 Pfennig, die 7
gespaltene 30 Millimeter breite Reklamezeile beträgt 100 Pfennig, auswärts 150 Pfennig. (Eine Goldmark
gleich 100 Pfennig.) Der gewährte Rabatt geht verloren, wenn nicht binnen 6 Tagen nach Rechnungsdatum
Zahlung erfolgt. — Für Plagiate keine Gewähr. — Postfachkonto Nr. 122 Magdeburg.

Nr. 72.

Magdeburg, Dienstag den 25. März 1924.

35. Jahrgang.

Der bedrohte Geldbeutel.

Die bürgerliche Wahlpropaganda macht der Sozialdemokratie im Hinblick auf Vorgänge im Preussischen Landtag den Vorwurf, die Ausbalancierung des Staatshaushalts zu gefährden. Mit welchem Rechte tut sie das? Die Sozialdemokratie lehnt es ab,

die Mieterschaft unerträglich zu belasten,

mit Steuern für die Länder und erhöhte Grundrenten für den Hausbesitz aufzubringen, ohne daß Wesentliches für den Bau neuer Wohnungen getan wird.

Durch diese Stellungnahme gefährdet die Sozialdemokratie aber keineswegs die Sanierung des Staatshaushalts. Die bürgerlichen Wahlmänner könnten das behaupten, wenn die Sozialdemokratische Vorschläge zur Sanierung des Budgets ablehnt, ohne andre Mittel anzugeben, wie die Fehlbeträge in dem Etat wirklich gedeckt werden können. Die Sozialdemokratie war sich aber ihrer Verantwortung bewußt und hat sich positive und brauchbare Vorschläge zur Befundung der Staatsfinanzen gemacht. Wenn diese Vorschläge

von den bürgerlichen Parteien abgelehnt

worden sind und immer wieder abgelehnt werden, so trifft die Schuld nicht die Sozialdemokratie, sondern ihre politischen Widersacher, die sich in ihrer Ablehnung nicht von der Sorge um das Wohl des Staates und des Volkes leiten lassen.

Für heute nur ein Beweis, um die Verlogenheit der bürgerlichen Propaganda zu kennzeichnen. Finanzminister Dr. Luther hat in der dritten Steuernotverordnung die Inflation liquidiert, indem er höchst „schamännisch“ im Sinne der bürgerlichen Parteien fast ausschließlich die Mieter belastete und die Erfassung der Inflationsgewinne verweigerte. Dadurch schon er den Geldbeutel aller Leute, die aus dem Marktzug Riesengewinne zogen.

Nehmen wir für diesmal nur jene Patrioten heraus, die den Staat durch Inanspruchnahme von Reichsbankkrediten bis ans Hemd ausplünderten, die auf ihre Wechsel von der Reichsbank gutes Geld bekamen und dieses gute Geld mit dem Fortschreiten der Inflation aus der Tasche in Gestalt entwerteten Papiergeldes zurückzahlten. Wer z. B. im März von der Reichsbank Papiermark im Betrag einer Goldmark lich, zahlten über den Goldmarkkurs gerechnet im

	April	Mai	Juni	Juli
	0,71	0,30	0,20	0,01 Goldmark

zurück. Später, als die Inflation ein Reigenausmaß zeigte, wurden die „zurückgezählten“ Summen noch grotesker und die Reichsbankkredite

wirkliche Havenstein-Liebesgaben.

Das alles duldete die Regierung Cuno-Becker, die Regierung der Tat und der Fachmänner“. Sie ließ zu, daß das deutsche Volk um Riesensummen geprellt wurde, bis die Sozialdemokratie im Spätherbst 1923 dem feibolen Spiel endlich ein Ende machen konnte. Daß es sich um äußerst hohe Summen handelt, beweist der Stand der Handelswechsel und die Darlehen der Darlehnskassen, über die nämlich die Austräuberung des deutschen Volkes vor sich ging:

	Handelswechsel	Darlehen
Januar 1923	250,4	141,6
Februar	327,6	129,1
März	453,8	237,2
April	575	283,4
Mai	491	283,1
Juni	356	148,5
Juli	244,9	53,5
August	174,4	15,0
September	152,8	39,3
Oktober	149,1	16,2

Die Tabelle zeigt deutlich die Wirkung der sozialdemokratischen Kritik und das Eingreifen des Finanzministeriums unter Leitung von Hilferding.

Wer bezahlte die verpfändeten Kredite?

Diejenigen, die ganz allgemein die Inflation bezahlten: Arbeiter, Beamte, kleine Sparer, Besitzer von Reichsbanknoten, Kleinrentner usw. Sie waren die unglücklichen Opfer der rein bürgerlichen Inflationspolitik — und ihre Ausbeuter gingen hin, legten die Reichsbankkredite, die Mark verflüchtend und die allgemeine Not vergrößend, in Devisen an.

Es ist nur Gebot wahrer Gerechtigkeit, diesen Leuten, die Mißbrauch mit dem Kredit der Reichsbank und der internationalen Bejammung Havensteins und des Stabi-

netts Cuno-Becker getrieben haben, ihren Raub wieder abzunehmen. Der

glorreiche Entdecker des Mieterschuldenraums

Finanzminister Dr. Luther, aber hat sich diesem gerechten Verlangen verweigert und beschränkt sich darauf, die Lasten seiner Inflationsliquidierung bis ins Unerträgliche den Mietern aufzubürden. Also diejenigen, die bereits die Inflationsgewinne der Stämme, Kämpfer, Wolff, Hagen usw. bezahlten, sollen auch noch weiter für die Sünden der Bankrottregierung Cuno und für das Unvermögen sowie die Abneigung des Kabinetts Marx, die Liquidation der Markverwässerung nach vernünftigen Grundrissen zu vollziehen, bluten. Das Schicksal behüte uns in Zukunft vor einer rein bürgerlichen Regierung, die in den Zuständen der Regierung Marx oder Cuno weiterwandelt.

Die Sozialdemokratie hat aber

als Anwalt der weckfähigen Schichten

Deutschlands die Pflicht, Unberechtigkeiten, wie wir sie eben angedeutet haben, zu verhindern. Wir glauben schon, daß das Verlangen der Sozialdemokratie nach Erhaltung der Inflationsgewinne bei vielen Leuten in bürgerlichen Lager keine ungemildete Freude hervorruft, und deshalb ist schon das Wahlgeheimnis, die Sozialdemokratie behütete den Etat, begreiflich. In Wirklichkeit bedroht die Sozialdemokratie aber nicht die Befundung der Staatsfinanzen, sondern das Portemonnaie der Inflationsgewinnler.

Der Bankbeamtenstreik in Oesterreich.

Von allen Kapitalistengruppen, die sich unmittelbar nach dem Zusammenbruch der österreichisch-ungarischen Monarchie den Forderungen der Arbeiterklasse hatten gefällig erweisen müssen, war es die Hochfinanz, die als erste Gruppe wieder die Herrschaft an sich zu reißen vermochte. Der Krieg und die durch ihn erzeugte Finanznot des Staates hat den Bank- und Börsenleuten enorme Profite gebracht, und der Zusammenbruch, in dessen Gefolge die Geldentwertung einberging, hat diese Profite noch gewaltig erhöht, die Niederlage Oesterreichs hat aber zugleich bewirkt, daß das Land in immer drückendere Abhängigkeit von dem Finanzkapital des Auslandes geriet, das sich wie ein Geier auf die kranke Volkswirtschaft stürzte.

Der Wiener Sanierungsvertrag, der Oesterreich auch juristisch unter die Vormundschaft der ausländischen Finanzfröje stellte, hat nur vollendet, was schon lange vorher durch das Eindringen englischer, französischer und italienischer Kapitalistengruppen in unsere größten Finanzinstitute und Industrieunternehmen angebahnt worden war. Er hat die Regierung Oesterreichs vollends zum Knoche der ausländischen Finanzbarone gemacht, aber nicht damit zufrieden, daß es über Seipel und seine Minister unumkehrbar zu herrschen vermag, hat das Bankkapital auch die bürgerlichen Parteien und den allergrößten Teil der bürgerlichen Presse durch Wahlgesetze und Subventionen aller Art gefesselt. Nur die Arbeiterklasse und Angestelltenvereine vermochte es nicht zu bedingungslosem Gehorsam zu zwingen, ja die Hochfinanz der Banken machte vielmehr deren Profite in hohem Maße von dem Arbeitseifer ihrer Angestellten abhängig und zwang sie zu Konzessionen an diese.

Nun ist aber seit einiger Zeit an die Stelle der Hochfinanz im Bank- und Börsenwesen flauer Geschäftsgang getreten. Daran hielten die Bankherren den Zeitpunkt für gekommen, den Widerstand ihrer Angestellten zu brechen. Sie wiesen nicht nur alle Gehaltsforderungen ab, durch welche die Beamten ihre Bezüge der noch immer sinkenden Kaufkraft der Krone anzupassen suchten, sondern sie forderten zugleich die Zustimmung des Personals zu einer Verlängerung der Arbeitsstage um 2 1/2 Stunden täglich, ferner die Zweiteilung des Arbeitstags, durch welche den Angestellten noch mehr von ihrer freien Zeit geraubt würde und suchten zugleich den legitimen Einfluß der Angestelltenvertretung auf die Arbeitsbedingungen wesentlich einzuschränken. Als die Beamenschaft diese Herausforderung am 15. Februar mit dem Streik in vier großen Banken beantwortete, zeigte es sich, daß die Direktoren auf diesen Schritt nur gewartet hatten, um alle Angestellten der in dem Bankverband, der allgewaltigen Unternehmerorganisationen vereinigten Institute auszusperrten. Die Zahl der Ausgesperrten war nun etwa viermal so groß

als die der Streikenden, und von den nun unfreiwillig Zeugnissen erwarteten die Direktoren, daß sie einen Druck auf die Streikenden ausüben würden. Sie erwarteten auch, daß die so mächtige angeworfene Zahl der nach dem nächsten Gehaltstag, dem 1. März, zu unterstehenden Angestellten, deren Organisation gefügig machen würde.

Die Sache ist aber ganz anders verlaufen, als es sich die Herren Direktoren vorgestellt hatten.

Die erste Ueberraschung, die sie erleben mußten, war die, daß sich auch die höchsten Beamten, auf deren Hilfe sie gerechnet hatten, um den Betrieb notwendig aufrechtzuerhalten, der Bewegung rückhaltlos angeschlossen und mit verständigend weniger Ausnahmen auch dann fest blieben, als an ihnen alle Mittel der Einschüchterung versucht wurden. Es half auch nicht, daß einige Banken den streikenden Profuristen und Oberprofuristen die Profura entzogen. Die Gemahrsamellen kehrten trotzdem nicht zur Arbeit zurück. Nicht etwa, als wenn diese Überbeamten in überwiegender Zahl Sozialdemokraten wären, auch gehören sie ihrer Erziehung und Lebenshaltung nach zu den oberen Schichten des Mittelstandes. Tatsächlich ist nur ein Teil von ihnen mit Begeisterung in den Streik getreten, während andre sich bemüht waren, einer schärferen, aber unabweisbaren Pflicht zu genügen. Ich bin nicht dazu in Ehren gram geworden, meinten sie, um mich jetzt von meinen Kollegen als Gesinnungsstump verachten zu lassen. Solche Gedankengänge bei Intellektuellen, die noch durch so viele Tüden mit der Bourgeoisie verknüpft sind, zeigen am klarsten, welche gewaltige geistige Eroberungen das Proletariat in Oesterreich gemacht hat und wie sehr die Ethik der Sozialdemokratie auch solche Leute in Form hält, die noch nicht zu unsern vernünftigen Parteigängern geworden sind.

Die zweite Enttäuschung, die den Bankgewaltigen wurde, war die, daß das Gewerbergericht, von den Ausgesperrten angerufen, die Finanzinstitute zwang, den Angestellten ihre Märzgehälter ausbezahlen. Für die Unterhaltung der Streikenden aber konnte deren Fachorganisation um so besser Sorge tragen, als sie täglich die wärmsten Solidaritätserklärungen anderer Angestellten- und Arbeiterorganisationen empfing und auf deren tatkräftige Hilfe rechnen durfte.

Freilich, wehlos waren die Bankherren darum noch lange nicht. Stand doch die Regierung voll und ganz auf ihrer Seite. Bei den langwierigen, wiederholt unterbrochenen und wieder aufgenommenen Verhandlungen zwischen den Organisationen der beiden Streitenden, denen der Bundeskanzler Seipel vorah, münzte dieser zwar strengste Unparteilichkeit, zugleich aber gewährte sein Finanzminister den Banken für die fällige Umsatzsteuer Stundung bis nach Ablauf des Streikes, so daß sie große Summen von Verzugszinsen, die sie sonst hätten entrichten müssen, ersparten. Auf der andern Seite aber erhielt die Direktion der Bundesbahnen von der Regierung den Auftrag, solchen streikenden und ausgesperrten Beamten, die außerhalb Wiens wohnen, die Erneuerung ihrer Monatsfahrkarten zu verweigern, weil sie am 1. März nicht wie sonst allmonatlich den Nachweis ihrer Beschäftigung durch das Unternehmen, dem sie dienen, erbringen konnten.

Stand aber den Banken in diesem Kampfe die Regierungsgewalt zur Seite, so verfügten die Angestellten über die Macht des organisierten Proletariats, und diese gab schließlich den Ausschlag. Als nach mehr als dreiwöchiger Dauer des Streikes sich die Bankleitungen noch immer nicht zu Konzessionen herbeilassen wollten, erschienen die Vertreter der österreichischen Gewerkschaftskommission, die Sozialdemokraten Guber und Domes, beim Bundeskanzler und teilten ihm mit, daß andre sehr wichtige Gruppen der Angestelltenchaft zu aktiver Betätigung ihrer Solidarität mit den Bankbeamten entschlossen seien, für den Fall, daß die Bankleitungen halsstarrig bleiben sollten. Diese Bedrohung seines glorreichen Sanierungswerkes durch die Stilllegung der Eisenbahnen und des Post-, Telephon- und Telephonverkehrs, ließ Herr Seipel die bisher den Banken gegenüber geübte „hochwollende Neutralität“ doch als zu gefährlich erscheinen. Nun brachte er die Herren Direktoren doch wieder an den Verhandlungstisch, den sie einige Tage vorher hochmütig verlassen hatten, und es kam ein Kompromiß zustande, der für die Angestellten einer sehr wesentlichen Erfolg bedeutet.

Die Verlängerung der Arbeitszeit wurde abgewehrt, die Zweiteilung des Arbeitstags nur für ein bestimmten Teil der Wiener Bankniederlassung pro-
weilte vom 15. September d. L. an in Aussicht genom-

Diese Schwierigkeiten sind meist politischer Natur und machen deshalb Entscheidungen der Regierungen selbst erforderlich. Von dieser Notwendigkeit scheint man sich sowohl in Paris wie in London nunmehr Rechenschaft gegeben zu haben. Der seit Mitte der Woche zwischen beiden Kabinetten geführte außerordentlich rego Meinungs-austausch steht damit im engsten Zusammenhang und es ist wahrscheinlich, daß der Gedanke einer Begegnung zwischen Poincaré und Ramsay MacDonald als Vorbereitung einer interalliierten oder vielleucht sogar internationalen Konferenz greifbarere Gestalt als bisher angenommen hat. Alle diese Dinge aber sind noch im Fluß und die darüber verbreiteten Meldungen müssen als zum mindesten stark verfrüht bezeichnet werden.

Zutreffend ist andererseits, daß die englisch-französischen Verhandlungen nicht allein das Reparationsproblem zum Gegenstand haben, sondern daß die Frage der französischen Sicherheit dabei eine sehr gewichtige Rolle spielt. Wenn auch in Frankreich in der breitesten Öffentlichkeit die Bereitschaft zu einer Lösung im Rahmen des Völkerbundes, wie sie am Freitag u. a. vom „Lemps“ fixiert wurde, jetzt täglich an Boden gewinnt, so ist es doch keineswegs sicher, daß die neuen Vorschläge, die die französische Regierung in London hat unterbreiten lassen, von diesen Tendenzen inspiriert sind.

Gewerkschaftspolitik der Bischöfe.

Die künftige Bischofskonferenz hat, wie erst jetzt bekannt wird, Katholiken, die sich weigern, aus den freien Gewerkschaften auszutreten, die Ergomunikation angedroht. Der „Kirchliche Anzeiger“ der Erzdiözese Köln schreibt dazu: „Katholiken, die trotz erfolgter Aufklärung und, obwohl ihnen der Eintritt in eine andre, erlaubte Organisation möglich ist, dennoch als Mitglieder in den freien Gewerkschaften verbleiben, sind zum Sakramentsempfang nicht mehr zugelassen. Das heißt praktisch: Sie sind unfähig, die Losprechung zu erhalten, und dürfen nicht mehr zur heiligen Kommunion zugelassen werden. Und zwar trifft diese Strafe nicht nur Arbeiter, sondern auch Angestellte und Beamte, die den freien Gewerkschaften angehören.“

Die Bischöfe sollten die Gewerkschaftspolitik Leuten überlassen, die etwas davon verstehen, andererseits winkt ihnen der schlechte Ruf der politisierenden Generale. Wie diese, sollten auch die Bischöfe nur ihrem weigen Handwerk, der Seelsorge, nachgehen und die Sorge um den Leib der Katholiken und um ihr Wohlergehen hier auf Erden nur diesem selbst überlassen oder doch besserem Vertretern. Außerdem: „Im hungigen Magen Eingang finden nur Suppenlogik mit Knödelgarnen.“ So ist es nun einmal auf Erden. Und sind Katholiken durch solcherlei Logik und Gründe zu den freien Gewerkschaften gekommen, so wird sie dort kein Bananstraß wieder herausbringen.

Blasimil Tuzar gestorben.

Der außerordentliche Gesandte der tschechoslowakischen Republik in Berlin Blasimil Tuzar ist am 22. März abends nach einem einwöchigen Krankenlager einem Herzleiden erlegen. Sein Tod reiht eine Reihe nicht bloß in das diplomatische Korps von Berlin, sondern in die ganze sozialistische Arbeiter-Internationale, deren Ideale der Verstorbene ergeben war.

Tuzar hatte vor etwa 25 Jahren als junger Handlungsgehilfe seine gewerkschaftliche und politische Tätigkeit begonnen. Sie ließ ihm bei allem Eifer der Tagesarbeit immer noch Zeit zu einem umfassenden Studium, das ihn wohl zu dem gebildetsten Politiker machte, über die Europa und die sozialistische Arbeiter-Internationale überhaupt verfügte. Unheimlich und mit geringen äußeren Mitteln bedacht, lebte er sich durch seine außerordentliche politische Verstandeshärte und die Reinheit seines Willens als Führer der tschechoslowakischen Sozialdemokratie durch. Als solcher übernahm er nach der Oktoberrevolution von 1918 das Amt des ersten Ministerpräsidenten der tschechoslowakischen Republik.

Diese Republik entstand aus der Niederlage der Mittelmächte in Anlehnung an die Siegerstaaten, vor allem an Frankreich, und sie entstand gegen den Willen der drei Millionen Deutscher in den Sudetenländern, die den Anschluß an das Deutsche Reich erzielten. Unter solchen außerordentlich schwierigen Umständen konnten selbstverständlich Reibungen und Härten nicht ausbleiben. Die Regierung, an deren Spitze Tuzar stand, war auch keine rein sozialdemokratische, sondern eine aus allen tschechischen Parteien gebildete Koalitionsregierung, was die Schwierigkeiten noch außerordentlich vermehrte. Trotzdem behielt Tuzar auch bei den deutschen Sozialdemokraten in der Tschechoslowakei den Ruf eines Mannes, der für die Notwendigkeit eines friedlichen Zusammenlebens der beiden Völker Verständnis besaß und die Hoffnungen auf eine Verständigung zwischen der deutschen und der tschechischen Sozialdemokratie knüpfen vor allem an seine Person an.

Als Gesandter seines Vaterlandes in Berlin hat Tuzar mit hohem Geschick und großer Umsicht für die Schaffung eines guten Verhältnisses zwischen der deutschen und der tschechoslowakischen Republik gewirkt. Er war von der Ueberzeugung durchdrungen, daß nicht nur die Verständigung der deutschen und der tschechischen Sozialdemokraten in seinem Vaterland eine Notwendigkeit sei, sondern daß auch Deutschland und die

Tschechoslowakei auf ein freundschaftliches Verhältnis zueinander angewiesen seien. Die Klarheit seiner Politik, ihre unter schwierigen Umständen erzwungenen Erfolge und seine ganze geistige Persönlichkeit hatten Tuzar im diplomatischen Korps von Berlin ein außerordentliches Ansehen verschafft.

Tuzar litt seit Jahren an einer Herzenerkrankung und hatte im letzten Winter vergeblich in Ägypten Erholung von seinem schmerzlichen Leiden gesucht. Zur Beschleunigung der Katastrophe haben die als Fälschung erwiesenen Veröffentlichungen des „Berliner Tageblattes“ beigetragen, über die Tuzar in höchster Erregung geraten war, weil er durch sie sein ganzes Werk schwer gefährdet sah.

Tatkraft und Besonnenheit.

Eine zweite Konferenz des Gaues Magdeburg im Deutschen Landarbeiterverband, die nicht weniger zahlreich besucht war als die Zusammenkunft im Februar, tagte am Sonntag im „Kristallpalast“. Sie sollte die Taktik im Lohnkampf bestimmen nach dem Schlichterpruch in Halle. Gauleiter Brandenburg gab noch einmal ein zusammenfassendes Bild über den Gang der bisherigen Tarifverhandlungen für die Provinz Sachsen. Der Spruch von Halle hat die Dinge in der Hauptsache beim alten gelassen; nur in der Bemessung der Arbeitszeit sind einige Veränderungen in den Kreisen vorgenommen worden, außerdem soll der § 15 des Mantelgesetzes infolgedessen geändert werden, als der Arbeitgeber berechtigt sein soll, notwendige Ueberstunden auch ohne Anhörung des Betriebsrats anordnen zu können.

Die Lage hat sich seit der ersten Gauleiterkonferenz insofern geändert, als in dem Kreis Halle und Erfurt bei den Landarbeitern Neigung besteht, den Spruch von Halle anzunehmen, ferner sind auch die Christlichen für die Zustimmung, so daß damit gerechnet werden muß, daß das Ministerium in Berlin den Spruch für rechtsverbindlich erklärt. Befehl der Gau Magdeburg den Tarif ab, so werden die Gaue Halle und Erfurt in Mitteleuropa gezogen, sie erhalten dann die alten Löhne weiter und die Festsetzung der Löhne für weibliche Arbeiter, für Jugendliche und für das Gefährde bleiben in der Schwebel. Die Mitglieder des Gaues Magdeburg übernahmen damit eine ungeheure Verantwortung, die sie in allen ihren Auswirkungen kaum tragen können. Es sei in dieser Lage zu erklären: Die Löhne genau nicht, die Arbeitszeit ist zu hoch, die Ueberzahlung des § 15 ist nicht nötig! Das Schwerkriegsrecht aber ist unannehmlich in die Bestreitsverhandlungen zu legen, die für die Worte schon am Mittwoch dieser Woche beginnen. Hier werde sich zeigen, was die Arbeitgeber in wichtigen Fragen bieten, und wenn uns das nicht genügt, hat die Mitgliedschaft noch immer freie Hand auch für die letzten Konsequenzen. Die Stunde erfordert jetzt: Energie, Selbstkritik und Besonnenheit. Bestreuen zur Organisation und zur Leistung, keine Verschönerung, kein Vorgehen auf eigene Faust. Können die Verhandlungsleiter bei den Bestreitsverhandlungen sich auf die einmütige Willensmeinung in diesem Sinne berufen, so ist auch noch Erschließendes herauszubekommen. Sollte man in allen Kreisen und Orten die Mahnungen der Gauleitung in Bezug auf Arbeitslosigkeit für die Organisation und auf Vertragsleistung befolgt, so läßt die Ergebnisse heute schon anders aus.

Im der Ansprache über den Bericht Brandenburgs nahmen nicht weniger als 35 Redner das Wort, von denen die meisten den Schlichterpruch als erledigt erklärten, nur einige dem Vorschlag der Gauleitung beistimmten. Man dürfe die Zeit nicht verpassen, den Unternehmern sei ein Ultimatum zu stellen, das in einigen Tagen zu beantworten sei, und dann müsse losgeschlagen werden. Demgegenüber wies Quasnick vom Hauptortstand darauf hin, daß es falsch sei, anzunehmen, ein Streik wäre in wenigen Tagen gewonnen. Die Organisation der Landarbeiter im Gau Magdeburg sei allerdings die beste im Verband, aber sie stehe auch der festesten und stärksten Arbeitgebervereiner gegenüber. Die Verhandlung werde sich nicht ziehen, die Macht der Organisation einwirken, wenn das zu erwartende Ergebnis diesen Sinn hat, sie habe aber kein Interesse daran, die Organisation geschwächt zu lassen.

Nach dem Schlußwort Brandenburgs wurde mit aller gegenwärtigen Stimmen beschlossen, das Schwerkriegsrecht in die Bestreitsverhandlungen zu verlegen und von denen Ergebnissen die weiteren Schritte abhängig zu machen. Beschlüsse wurde ferner, in der Zeit vom 30. März bis 6. April eine Werbeweche für den Verband zu veranstalten, ohne daß deshalb die Agitations- und Organisationsarbeit in der Zwischenzeit stillgesetzt soll.

Heber „Die nächsten Wahlen und der Deutsche Landarbeiterverband“ sprach dann Gauleiter Brandenburg. Der Verband ist parteipolitisch nicht neutral. Man nenne ihn den sozialdemokratischen Landarbeiterverband, und das wolle er auch sein. Wie werden die Mitglieder vergessen, daß es die Sozialdemokratische Partei im Reichstag und in den Landtagen war, die für die Landarbeiter Rechte, angemessene Löhne und vernünftige Arbeitszeit verlangte, als andre Parteien und Kreise gar nicht daran dachten. Wenn seit November 1918 die Ausnahmengesetze gegen die Landarbeiter gefallen sind, wenn die Gefährdung verschwand, wenn die Landarbeiter ein Vereinigungsrecht haben und die Arbeiterfrauen das Wahlrecht, so verdanken sie das alles allein der Sozialdemokratischen Partei. Aus Dankbarkeit und aus dem Selbstbehaltungsdrang heraus geben sie deshalb ihre Stimmen den sozialdemokratischen Listen bei der Reichstagswahl und bei den Gemeindevahlen. Auch die letztgenannten Wahlen sind wichtig. Die Gemeinden werden wieder mehr finanzielle Bewegungsfreiheit erhalten. Wer die Mehrheit in den Gemeinden hat, bestimmt über die Verteilung der Löhne. Wenn man durch Lausheit der Unternehmern diese Mehrheit verliert, dann darf man sich nicht beklagen, wenn die Steuern und Löhne auf die Arbeiter abgewälzt werden. Daß in der Arbeiterfrage, in Schulfragen und noch in vielen andern wichtigen, die Arbeiter und ihre Familien berührenden Sachen die Gemeinden viel Gutes tun oder verhindern können, weiß jeder. Allerdings hat der Verband mit der Auffstellung der Kandidaten nichts zu tun, das ist Aufgabe der sozialdemokratischen Organisationen. Wo man die Kandidatur von Mitgliedern des Verbandes für die Gemeindevertretungen für nötig hält, muß man in der sozialdemokratischen Organisation dafür wirken. Brandenburg rief die Landarbeiter auf, mit allen Kräften für die Partei zu wirken, sich für sie einzusetzen. Großes Hebe auf dem Spiel. Als Gegengewicht gegen den Stahlhelm und andre nationalistische

Bewegungen empfahl er den Beitritt zum Stahlhelm der Republik, der Organisation: Banner Schwarz-Rot-Gold.

Mit einem beauftragten Hoch auf den Landarbeiterverband wurde dann die Konferenz geschlossen.

Notizen.

Tirpitz als Reichspräsidenten-Kandidat? Die Reichsständischen Räteverbände in Bayern beabsichtigen den Großkaplan von Tirpitz als Kandidaten für die Reichspräsidentenwahl aufzustellen.

Die Wahl zum Reichstag. Ein Kommentar zum neuen Reichswahlgesetz und der Reichsimmordnung ist aus der Feder des zuständigen Referenten des Reichsministeriums des Innern, Ministerialrat Dr. Kauffmann, im Verlag für Politik und Wissenschaft, Berlin SW. 48, erschienen.

Schiedspruch im Hamburger Hafenarbeiterstreik. Am Sonnabend fanden in Hamburg Verhandlungen durch den Reichsarbeitsminister Brauns im Rathaus statt. Da trotz 18stündiger Beratungen eine sachliche Einigung nicht zu erzielen war, unterwarfen sich die Parteien der Entscheidung eines Unparteiischen und wählten als solchen den Reichsarbeitsminister. Dieser sollte dann eine Entscheidung, die den Schiedspruch des Hamburger Schlichters vom 18. März, der zuerst von den Arbeitgebern und dann von den Arbeitern abgelehnt war, bestätigen. Das Dreischichtsystem bleibt bestehen, der Lohn wird von 4,50 Mark auf 4,80 Mark erhöht. Der Schiedspruch verlangt Arbeitsaufnahme am Dienstag.

Professor Quibbe aus der Haft entlassen. Der kürzlich in München verhaftete Pazifist Quibbe ist nach Beschluß des Volksgerichts am Sonnabend wieder in Freiheit gesetzt worden, weil keine Fluchtgefahr darliegt. Das Verfahren nimmt seinen Fortgang. Damit soll wohl nur der Rückzug der Münchner Staatsanwaltschaft verdeckt werden, die etwas Langes auch das Verfahren gegen Quibbe einstellen muß. Denn abgesehen davon, daß dieser alte Friedensfreund keinen Landesverrat begeht, hat auch wenn es der Fall wäre, die Münchner Staatsanwaltschaft gar nicht die Befugnis einzugreifen, sondern der Oberreichsanwalt.

Morbberufung an Kahr. Vor dem Landgericht München kamen zwei getrennte Fälle zur Beurteilung, in denen die Angeklagten nach dem Leben Kahr's trachteten. Im ersten Falle handelte es sich um den Kellner Karl Gruber aus Mühldorf bei Wogen, den Buchhalter Richard Seidl aus Dresden und den Bergbeamten Otto Kleeemann, alles Leute Anfang der zwanziger Jahre. Der Anschlag sollte ähnlich wie der auf Kahr's am 10. Januar ausgeführt werden. Am 10. Januar wurde das Komplott aufgedeckt. Das Urteil lautete für Seidl auf ein Jahr Zuchthaus abzüglich von 2 Monaten 10 Tagen Untersuchungshaft. Die beiden andern Angeklagten wurden freigesprochen. — In dem andern Falle handelte es sich um den 26 Jahre alten Kleinrentier Walter Barthel aus Dresden und den 24jährigen Schuhmacher Friedrich Holzinger aus Gaidhof, beides Nationalsozialisten. Das Gericht erkannte in diesem Fall auf Freisprechung der beiden Angeklagten.

Landtagsende in Württemberg. Der Württembergische Landtag hat am Sonnabend einstimmig beschlossen, daß der am 6. Juni 1920 gewählte Landtag am 15. Mai 1924 sein Ende finden soll.

Abrüstung und Aufrüstung. Alles in einem Zuge. Das amerikanische Repräsentantenhaus nahm einstimmig einen Beschluß an, der die Regierung ersucht, eine neue Konferenz für die allgemeine Marineabrüstung einzuberufen, auf der alle Fragen gelöst werden sollen, die von der Konferenz im Jahre 1921 nicht gelöst werden konnten. — Rußland rückt auf. Das Zentrale Exekutivkomitee der Sowjetunion hat als Dienstzeit für die Marine und die Staatspolizei vier Jahre, für die Fliegerbesatzungen 3 Jahre, für die übrigen Truppenteile, den Stab und die Militärbehörden zwei Jahre festgesetzt. Der Vizepräsident des Revolutionären Kriegsrats, Frunse, begründete die Erhöhung der bisherigen 1½jährigen Dienstzeit auf 2 Jahre mit militärtechnischen Rücksichten und bestehender Kriegsgefahr.

Müller-Brandenburg. Müller aus Brandenburg, der ehemals im Kaiserreich als Sekretär des Niedersächsischen Verbundes in die von der Schwerindustrie bezahlte Trompete blies, der dann nach dem Siege sein sozialdemokratisches Herz entdeckte, und der kurz nach dem Einmarsch der Haffischen Reichswehr in Thüringen, und kurz vor den Wahlen in Weimar reumütig in die Arme der Mutter Ullbertschland zurückkehrte, ist nun doch vom Schicksal ereilt worden. Wie der „Vorwärts“ mitteilt, wurde er seines Postens als Kommandeur der Thüringischen Landespolizei entbunden. Sattler, der neue schwerindustrielle Gewaltige im Innenministerium, hat so seine Ueberzeugungstreue nicht zu schätzen gelernt.

Depeschen.

Spitzenkandidaten der Einheitspartei. In Magdeburg, 23. März. Im Wahlbezirk Magdeburg-Anhalt wurden für die Reichstagswahl von der Deutschen Volkspartei folgende Spitzenkandidaten aufgestellt: 1. Kaufmann Dr. Kulenkampff (Magdeburg), 2. Obermeister Thierlopf, Vorsitzender der Handwerkskammer (Magdeburg), 3. Oberregierungsrat Dr. Kammer (Dessau), 4. Gutsherrlicher Völkher (Wendemark bei Werben).

England und die Reparationen. In London, 24. März. Der Finanzminister im Schatzamt, Graham, betonte in seiner Rede die Wichtigkeit einer endgültigen Regelung der Reparationsfrage und der Festlegung einermäßigen Summe. Er erklärte, die Arbeiterpartei sei zwar der Ansicht, daß die Reparationszahlungen geleistet werden müßten. Sie habe aber niemals den Gedanken geäußert, daß irgendeine übermäßige Summe erzielt werden könnte.

(Schluß des reaktionellen Teils)

erschient am Dienstag
Metallarbeiter G. R. D. abend rektios in der
Generalversammlung
im „Kristallpalast“, Leipziger Str. Kiwert fehle!

Die Neue Frac Cigarette

Generalvertreter: Wilhelm Sambach, Magdeburg, Gareisstrasse 14

Magdeburger Angelegenheiten.

Magdeburg, den 24. März 1924.

Reichsbanner Schwarzrotgold.

Der Ortsverein Magdeburg des Bundes der republikanischen Kriegsteilnehmer hielt am Sonntag im „Wilhelmssaal“ seine erste Mitgliederversammlung ab.

Zunächst gab der Redner einen Überblick über die Regiments- und Kriegereverbände vor und nach dem Weltkrieg, die sich alle in reaktionären Fahrwasser befinden.

Nach dem Verbot der Nationalsozialisten und der Völkischen Freiheitspartei strömten deren Anhänger in den „Stahlhelm“ und in die andern reaktionären Organisationen, wie Jungdo, Bismarckbund, Rolandbund hinein und radikalisierten sie.

Gegen diese C. meinheiten sind wir Republikaner bisher schußlos gewesen. Di. Polizei kann nicht überall sein, und von der Justiz wird den Belcidigern der Republik der gute Glaube ausgebillt und sie freigesprochen.

Die Rede des Bundesvorsitzenden fand begeisterten Widerhall. Der Ortsvereinsvorsitzende sprach dann über Organisationsfragen und den Aufbau des Ortsvereins.

Lust- und Sonnenhunger.

Sinaus, bloß hinaus! So schien am Sonntag bei den Einwohnern der Stadt Magdeburg die Parole zu lauten. Wir sind und kegel, wie am schwülen Sommer Sonntag, zogen die Menschen tagsüber hinaus, heraus aus den Räumen.

Zum ersten Male sahen Menschen in den überfüllten Kaffee-talern wieder im Freien und verzehrten mit Wärme die mitgebrachten Frühjahrsfrüchte.

Der Bann des Winters scheint gebrochen zu sein. Der Frühling tritt die Herrschaft an. Ueber ein Weischen, dann sprießt und grünt es draußen allerorten, aber nicht um die Fahrräder zu schmücken, sondern um der Allgemeinheit eine lang ersehnte Freude zu bereiten.

Das Beste am Frühling, an der Sonne ist aber ihre bedingungslose Einstellung auf Gleichberechtigung. Sie bringen allen Menschen Lebensfreude und Lebensnutzen.

Vereinigte sozialdemokratische Partei.

Bezirk Lemsdorf. Heute Montag abend 8 Uhr im „Volksfreund“ Frauen- und Mitgliederversammlung.

Bezirk Sudenburg. Am Dienstag den 25. März, abends 8 Uhr, Frauenabend im „Goldenen Löwen“.

Eine letzte Mahnung an die Eltern der Altstadt. Nachdem in der gestrigen Sitzung der städtischen Schuldeputation der Antrag auf Einrichtung der weltlichen Schule Altstadt (Sammelsystem für die nicht am Religionsunterricht teilnehmenden Kinder) gegen eine Stimme angenommen worden ist, sind die Vorarbeiten beschleunigt zum Abschluß zu bringen.

Eine Neuausgabe des Taschensfahrplans der Reichsbahndirektion Magdeburg. Mit Rücksicht auf die seit dem 1. Oktober 1923 eingetretene umfangreichen Veränderungen im Personenzugfahrplan hat die Reichsbahndirektion Magdeburg — wie uns von der Preisstelle mitgeteilt wird — eine neue gekürzte Zwischenausgabe des zurzeit gültigen Taschensfahrplans herausgegeben.

Harter Kampf

um Erhaltung und Mehrung von Einfluß und Macht in Reich und Gemeinde steht der Arbeiterklasse bevor. Schon während die Ruhrkrieger — Satenkrieg und Sowjetkern — der Gewalttätigkeit Bainsarés und der Inflationen — und Verelendungspolitik in Deutschland die Sozialdemokratie als ge schlagen und erledigt. Ein

rasendes Trommelfeuer

von Verleumdungen, gepaart mit Bosheit und Niedertracht, soll in den kommenden Wochen der Wahlkampf die Geschicklichkeit der sozialdemokratisch gesinnten Männer und Frauen vollends ins Wanken und nach ihren Plänen zur völligen Zerstückelung bringen. Wozu hätten auch die Herren

Geld wie Dreck

die einen von Sinnes und anderen Kapitalgehaltigen — die andern Mostaus Goldmillionen? Solche hat die sozialdemokratische Arbeiter-, Angeklagten- und Beamtenhaft nicht. Aber gemach, ihr Herrschaften, sie hat etwas andres: sie hat eine Ueberzeugung, sie hat die Ueberzeugung — erste Sandlungen dienen sie ihr täglich neu ein, daß sie

euch niederkämpfen

muß, weil ihr sie beide — bewußt oder unbewußt — der weiteren Verelendung und Zerfetzung entgegenführt. Euer Millionen setzt sie entgegen die ihr eigne und oft bewährte Arbeits-, Kampfes- und Opferwilligkeit, die sie durch Vienenleise in der Kleinarbeit und in Form von vielen

100 000 erdarbigen Groschen

zum lebendigen Ausdruck bringt. Nicht nur um das Schicksal der Partei kämpft sie, das wäre belanglos:

- sie kämpft um ihre nackte Existenz, sie kämpft um das Recht auf Arbeit, sie kämpft um den Achtundentag, sie kämpft um Brot und Freiheit, sie kämpft für den Sozialismus

Stärkt die Dramatization. Werbt für die Zeitung.

Metallarbeiter S. P. D. Am Dienstag, abends 8 Uhr findet im „Krisallpalast“ die Generalversammlung statt. Es ist der Bericht vom Verbandstag in Kassel gegeben worden. Daß sich die Kommunisten dort bemühen werden, möglichst viel Reden zu schlagen, dabon ist jeder überzeugt. Sie werden versuchen ihrer letzten Manie in die Versammlung zu bringen. Deshalb darf von uns keiner fehlen. Jeder hat dafür zu sorgen, daß unsere Anhänger in der Versammlung erscheinen. Mitgliedsbuch nicht vergessen!

Achtung, Musiker! Vom Musikererkand wird uns geschrieben: Die Hamburger Arbeiter im Kaffeehaus- und Saalgewerbe versuchen den Durchbruch der Musikern bedeutende Verschlechterungen der Arbeits- und Lohnbedingungen aufzuzwingen. 1000 Kollegen sehen im gerechten Widerstand. Vor Zugung Hamburg wird gewarnt. Die Arbeitgeber versuchen durch Inzinate in verschiedenen Zeitungen Musiker zu bekommen. Falls niemand darauf ginein. Vor Annahme einer Stellung sind in jedem Falle Erläuterungen bei der Ortsverwaltung Magdeburg, Hüppelstraße 19, 1. Et., Telefon 5204, einzugehen.

Bau- und Holzarbeiter. Schweizerische Unternehmer suchen in deutschen Zeitungen immer noch deutsche Arbeiter für die Schweiz anzuwerben. Die deutschen Arbeiter, wenn sie einmal in der Schweiz sind, dürfen sich an Bewegungen nicht beteiligen, ansonst sie Gefahr laufen, wieder an die Grenze gestellt zu werden. Sie müssen auch bei demjenigen Unternehmer in Arbeit treten, dem sie vom Ausland aus zugewiesen sind. Ob nur bei denselben Lohnbewegungen oder Streiks bestehen, das wird nicht bedacht. Und doch kommen tagtäglich immer noch Bauarbeiter von Deutschland nach Zürich und andern gesperrten Orten. Sie wollen nicht verstehen, daß es besser für sie und für die schweizerischen Arbeiter wäre, wenn sie die kurze Zeit bis zur Vermeidung der Bewegung abwarten würden. Der Malerzweig in Zürich zeigt noch keine Forderungsmöglichkeit. Es ist jede Stunde eine völlige Arbeitsniederlegung der Maurer in Zürich zu erwarten. Auch bei den Gipfeln und Zimmerleuten in Zürich kommen für die nächsten Tage erste Maßnahmen in Betracht. In Luzern haben die Malermeister ihr Wort gebrochen und den bereits zugewiesenen Arbeitsvertrag nicht unterzeichnet. In Bern lehnen die Baumeister sowohl mit der Maurern als auch den Steinhaunern jede Niederlegung ab. Die Holzarbeiter sind in 19 Orten in Bewegung und haben Forderungen gestellt. Sie sind der bisherigen vertrauensvollen Beziehung und wollen endlich auch wieder einige Verbesserungen. Deutsche Arbeiter! Nehmt Rücksicht auf die Bewegungen und helft uns durch Fernhalten von Zugung diese rasch unter Dach zu bringen. Keiner lasse sich für die eroberten Orte erwerbten, keiner komme in den nächsten paar Wochen in die Schweiz, ohne sich vorher bei dem Zentralvorstand der Bau- und Holzarbeiter in Schweiz zu erkundigen.

Große Nachmittage. Die Arbeiterwohlfahrt und der Verein Kinderfreunde. Gruppe Altstadt, veranstalten im Lokal von Holz einen großen Nachmittag für 90 alte Leute und Kinder. Mit frohendem Munde setzen sich groß und klein an die grüne geschmückten Tische, um sich einmal satt an Kuchen und Würstchen zu essen. Die Gruppe Altstadt der Kinderfreunde brachte durch lustige Gedichte und Lieder und durch atombare Kunststücke die alten Leute so zum Lachen, daß sie alle Zurückhaltung lassen und selbst mitanzen und Volksspiele mitmachen, ein 80-jähriger fand sich sogar zu einem Soloweltzug bereit. Die Genossin Karna ist sich zur der Zwischenpause darauf hin, daß die Arbeiterwohlfahrt sich zur Aufgabe gestellt hat, die Not zu lindern und Freude zu bereiten, und daß sie regelmäßige große Nachmittage für besonders Bedürftige gestalten wollen, die auch den Kindern dienen sollen. — Sie hat hervorgehoben, daß diese Kinder in den Gruppen des Vereins so betreut und geführt werden, daß sie zu geraden, aufrechten Menschen heranwachsen. Die dazu beitragen werden, eine bessere Welt zu schaffen als die ist, in der wir heute leben. Beim Abschied gaben alle der Freude über den schönen Nachmittag Ausdruck. — Für den Bezirk Alte Neuhaldt findet eine gleichartige Veranstaltung am Freitag den 25. März, 5 Uhr nachmittags, bei Winter, Köpferstraße, statt. Einladungskarten nicht vergessen.

Die Waizeitung 1924 wird eine Mai- und Wahlzeitung sein. Drei Tage vor trennen die Waifeier vom Wahltag, in einer Zeit der höchstgespannten Wahlarbeit begehen wir das Fest des 1. Mai. Deswegen muß die Waizeitung neben der Beherrschung der hohen Bedeutung des 1. Mai auch aufzukommern, der Wahlpflicht zu genügen und Aufklärung schaffen über das, was es am Wichtigsten zu verteidigen und an künftigen Erfolgen vorzubereiten gibt. Die Waizeitung wird in ausgezeichnetester Ausstattung in der nächsten Woche erscheinen. Ein in der Woche hergestelltes Bild des großen Künstlers Baluchet wird für die Waizeitung besonders hergestellt. Aus den Beiträgen für die Waizeitung haben wir herbor ein Gedicht von Bräger, einen Leitartikel Montag-Wahltag, die Abgeordnete Britje Schröder schreibt über die Frauen und die Politik, über den Achtundentag als hygienische Forderung Professor Dr. Grosjahn, über den Rhein und die Internationale Gemisse Sollmann, von einem russischen Freunde haben wir einen aufklärenden Artikel über den Achtundentag im Reiche des Bolschewismus. Dies und eine Reihe weiterer Artikel machen die diesjährige Waizeitung zu einem rechtlichen Agitationsmittel sowohl für die sozialdemokratische Partei. Deshalb ist eine Massenverbreitung der Waizeitung zu wünschen. Zu beziehen durch die Buchhandlung Volksstimme, Magdeburg, Große Mühlstraße 3.

Zur Auswanderung nach Südamerika. Es ist jedenfalls kein Zufall, daß hier in Magdeburg in verhältnismäßig kurzer Zeit drei Vorträge mit Hochglücken gehalten wurden, die sich im wesentlichen mit der Frage der Auswanderung nach Südamerika befaßten. Während in den beiden ersten Vorträgen mehr die Annehmlichkeiten der Seefahrt, das Leben und Treiben auf dem Dampfer während der Ueberfahrt behandelt wurden und das eigentliche Problem der Auswanderung selbst nur flüchtig gestreift wurde, war der Vortrag des Herrn v. Coellen (Berlin) am Freitag abend in der „Freundschaft“ wesentlich anders eingeteilt. Der Redner, der über umfassende Kenntnisse der südamerikanischen Verhältnisse verfügt, wählte das ganze Gebiet der Auswanderung und ihre Ursachen im freien Vortrag auf. Eigentlich behandelte das ganze Referat aus einer einzigen Warnung vor einer unüberlegten Auswanderung. Eine solche nach dem industriellen Nordamerika sei etwas andres als nach den sogenannten Abwärtstaaten, nämlich Argentinien, Brasilien und Chile. Ohne einen Arbeitsvertrag oder ohne die Gewähr des sofortigen Unterkommens bei Verwandten oder Bekannten zu haben, solle niemand nach Südamerika zum Zwecke der Ansiedlung fahren. Wer es dennoch unternehme, müsse sich darüber klar sein, daß er hart arbeiten muß — um zum Ziele zu gelangen — dardn müsse.

Wettlerdeck. Das Wohlfahrtsamt will verhindern, daß die Geldspenden, die Bettler von Privatleuten bekommen, in ungewöhnlicher Weise verwendet werden, und schlägt deshalb vor, überhaupt kein Bargeld mehr zu geben, sondern Schecks, die auf 5 Pfg. lauten und in Heften zu 20 Stück für 1 Mark käuflich sind. Von diesen Schecks gibt man dem Bettler 1, 2 oder mehr, so wie es einem gerade recht und gut erscheint. Wenn er eine genügende Anzahl Schecks beisammen hat, geht er damit zum Wohlfahrtsamt, um sie einzulösen. Das Wohlfahrtsamt gibt ihm aber in der Regel kein Bargeld dafür, sondern er erhält — wenn er dort nicht schon bekannt ist, nach Prüfung seiner Verhältnisse — Naturalien: Lebensmittel, Rohstoffe, Schuhe, Kleidung usw. je nach seinen Bedürfnissen. Wenn die gesammelten Gatscheine nicht genügen, um ausreichend zu helfen, gibt das Wohlfahrtsamt im Notfall auch aus eigenen Mitteln hinzu. Bettler-Schecks sind erhältlich: An der Auskunftsstelle des Wohlfahrtsamts, Neuer Weg 1/2, Zimmer Nr. 1, und in den sonstigen Stellen, die durch Plakate bekanntgemacht sind.

